

**HESSISCHER LANDTAG**

12.11.2007

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

**Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 16/ 8072 zu Drucksache 16/7746**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 0301 Ministerium
Buchungskreis: 2200

Produktnummer lt. Leistungsplan 15 NEU

Bezeichnung lt. Leistungsplan Ausländerrecht und Integration

	von	Veränderung um		auf
--	------------	---------------------------	--	------------

Leistungsplan:**Beträge in 1.000 EUR**

Gesamtkosten	0,0	+200,0	200,0
Produktabgeltung	0,0	+200,0	200,0

Sonstige Veränderungen:

1. Von Produkt 9 „Ordnungspolitik und Ausländerrecht“ wird das Ausländerrecht auf ein neues Produkt übertragen und mit dem neuen Schwerpunkt Integration versehen.
2. Es werden zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000,- EUR für die Einrichtung eines Härtefallfonds ausgebracht.
3. Es werden zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000,- für die Einrichtung einer Flüchtlingsberatung ausgebracht.

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**Begründung des Änderungsantrags:**

Zu 2.: Der Härtefallfonds kommt zum Tragen, wenn Anträge auf Feststellung eines Härtefalls nach § 23a Aufenthaltsgesetz iVm § 9 Abs. 1 der GOHärtefallkommission nicht angenommen werden könnten, weil die Kommune nicht ihr Einvernehmen erklärt hat, keine Verpflichtungserklärung vorliegt und die betreffende/n Person/en ihren Lebensunterhalt nicht selbst sichern kann/können, weil sie Auszubildende/r, Familie mit vielen Kindern, erwerbsunfähig oder älter als 65 Jahre ist/sind. Durch den Härtefallfonds können diese Personen dann doch als Härtefall anerkannt werden und ihr Lebensunterhalt ohne Belastung der Kommunen gesichert werden.

Zu 3.: Aufgrund sich kontinuierlich ändernder Rechtslage werden Projekte unterstützt, die Flüchtlingsberatung anbieten.

Wiesbaden, 09.11.2007

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir